

Betreff: WG: Sachantrag zu TOP 16 Gemeinderat am 27.7.11 (fwd)
Wichtigkeit: Hoch

Von: Hilde Stolz [mailto:Hilde.Stolz@t-online.de]

Gesendet: Mittwoch, 27. Juli 2011 11:46

An: Thomas Barth; "Pascal Jesus Baumgärtner"; Karl Breer; Derek Cofie-Nunoo; Beate Deckwart-Boller; Matthias Diefenbacher; Frank Wetzel; Margret Dotter; Michael Eckert; Martin Ehrbar; Erichson, Wolfgang; Kristina Essig; Gabi Faust-Exarchos; Dez. III - Sekretariat; Jan Gradel; Barbara Greven-Aschoff; Ernst Gund; Claudia Hollinger; Peter Holschuh; Margret Hommelhoff; Alfred Jakob; Thomas Krczal; Wolfgang Lachenauer; Wassili Lepanto; Ursula Lorenz; Judith Marggraf; "Monika Meißner"; Mathias Michalski; Dorothea Paschen; Werner Pfisterer; "Klaus Pflüger"; Karlheinz Rehm; Michael Rochlitz; Anke Schuster; Irmtraud Spinnler; Dez. II - Sekretariat; Hilde Stolz; Annette Trabold; Arnulf Weiler-Lorentz; Christian Weiss; Karin Werner-Jensen; Frank Wetzel; "Otto Wickenhäuser"; 0 - Buero des Oberbuergermeisters; 01 - Sitzungsdienste

Betreff: Sachantrag zu TOP 16 Gemeinderat am 27.7.11 (fwd)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit stelle ich folgende Sachanträge zu TOP 16 der Sitzung des Gemeinderates am 27.7.2011

1.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Vorlage wird zurückverwiesen in das öffentliche Entscheidungsverfahren des Gemeinderats: Bezirksbeiräte Weststadt/Südstadt und Bergheim und dann in die öffentlichen Teile der zuständigen gemeinderätlichen Ausschüsse.

Begründung:

Bisher wurde lediglich nichtöffentlich über die Absprachen mit STRABAG berichtet. Da die gesamte Stadtöffentlichkeit von den Auswirkungen des zu schließenden Vertrages betroffen ist, ist eine öffentliche Beratung der Gremien vor Ort nötig. Hierbei sollen alle Verhandlungspositionen in ihren Auswirkungen für STRABAG und Heidelberg dargelegt und durch die Beratungsgremien bewertet werden.

2.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Vor gemeinderätlicher Beschlussfassung über einen möglichen Kompromissvertrag mit STRABAG werden die Verhandlungsergebnisse detailliert öffentlich dargestellt. Dabei sind alle wirtschaftlichen und ideellen Auswirkungen für STRABAG und die Stadt Heidelberg im Detail aufzulisten und zu bewerten. Insbesondere sind auch die Flächengewinne und der dadurch erzielte wirtschaftliche Zusatznutzen darzustellen, die STRABAG durch die Genehmigung des sechsten Stockwerks beim Justizzentrum und durch den Kaufs eines Teils der Bahnhofstraße (unter Berücksichtigung des Kaufpreises) hatte. Außerdem sind die Flächengewinne zu berücksichtigen, die STRABAG durch eine weitere Bauverdichtung (Verschiebung der Innenkanten von MK 3 um 4 Meter) haben wird. Diese Flächengewinne sind gegenzurechnen den Flächenverlusten, die durch die Nichtgenehmigung der Staffelgeschosse entstehen werden.

Begründung:

Die Öffentlichkeit ist bisher sehr unzureichend informiert über die Zusammenhänge rund um die Kompromissfindung mit STRABAG. Wenn der Gemeinderat und die Verwaltung der Meinung sind, dass ein Kompromiss notwendig ist, sollte es auch nicht schwerfallen, dieses der interessierten Öffentlichkeit zu erklären. Bei allen Vorgängen rund um die Bebauung zwischen Bahnhofstraße und Kurfürstenanlage - angefangen mit dem städtebaulichen Wettbewerb bis zu den öffentlich nie bezifferten

Schadensersatzforderungen der STRABAG - ist von Anfang an auf den verschiedensten entscheidenden Ebenen zu viel hinter verschlossenen Türen festgelegt worden, der Öffentlichkeit blieb häufig nur spekulieren. Es hat sich der Eindruck festgesetzt, dass hier einem internationalen Großkonzern wirtschaftliche Vorteile in erheblichem Umfang zugesprochen wurden und werden sollen, ohne dass ein entsprechender Vorteil für die Allgemeinheit und/oder für Heidelberg erreicht wird. Im Gegenteil: sehr viele stimmen der Bürgerinitiative Bahnhofstraße zu, dass diese Bebauung erhebliche negative Auswirkungen auf Stadtbild, Verkehr, Handel und Gewerbe im Umfeld und auf das Mikroklima in der näheren Umgebung haben wird.

Wenn es gute Gründe gibt, einen Kompromiss zu schließen, schadet Öffentlichkeit nicht und wenn es keine guten Gründe gibt, muss auch dies öffentlich gemacht und eine andere Lösung gefunden werden. Auch dabei ist die Information und Beteiligung der Öffentlichkeit nicht schädlich. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass schon in diesem Jahr Festsetzungen erfolgen sollen, die Transparenz und Bürgerbeteiligung zu einem integralen Bestandteil der Entscheidungswege in Heidelberg machen sollen, ist es völlig unverständlich, dass gerade bei diesem Verfahren, bei dem es um die städtebaulichen Gestaltung eines großen, zentralen Bereiches in Heidelberg geht, den Bürgern immer wieder wichtige Fakten vorenthalten werden.

--

Hilde Stolz
Rohrbacher Str. 64
69115 Heidelberg
06221-619025 (privat)
06221-6582590 (Büro - AB)
06221-6582589 (FAX)
0171-8151149
